

Hannelore Kraft (SPD): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ein Wort vorweg in aller Offenheit: Nach dem, was ich persönlich in den letzten Monaten vonseiten der CDU erleben musste, spreche ich Ihnen ab, uns hier Nachhilfe in politischer Kultur geben zu wollen, Herr Ministerpräsident. Das spreche ich Ihnen ab!

(Lebhafter Beifall von der SPD - Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

- Herr Wüst, dazu halten Sie besser die Klappe! Sie sind ein unsäglicher Mensch, der persönliche Angriffe fährt gegen Menschen, die versuchen, die politischen Interessen der Menschen des Landes Nordrhein-Westfalen zu vertreten. Halten Sie besser Ihre Klappe dazu!

(Unruhe)

Wenn wir schon dabei sind, dann nehmen wir uns die Zeit. Der Ministerpräsident hat seine Redezeit dankenswerterweise überschritten. Deshalb habe ich ein bisschen Raum. Dann machen wir es doch. Dann sprechen wir darüber, was Herr Juso gemacht hat. Herr Juso ist in der Tat bei uns beschäftigt. Er hat auch alle Veranstaltungen unserer großen Politiker aus Berlin begleitet. Aber dass Sie systematisch Videoüberwachungen meiner Person veranlasst haben, das ist ein Bruch politischer Kultur, sehr geehrter Herr Wüst! Das ist ganz klar an dieser Stelle.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN - Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Unsittlich!)

Ich lasse mir von Ihnen, Herr Ministerpräsident, keine Nachhilfe geben in Sachen politischer Kultur. Das, was Sie hier mit ruhigen, salbungsvollen Worten von sich geben, entspricht doch überhaupt nicht dem, was wir hier in der Debatte dauernd erleben.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Oder sind Sie in den Fragestunden nicht dabei, wenn Herr Krautscheid uns hier belehrt?

(Beifall von der SPD)

Sind Sie nicht dabei, wenn die politische Kultur dieses Hauses den Bach runtergeht?

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!**

(Zurufe von der CDU)

Kommen wir zu den Einschätzungen des Koalitionsvertrages!

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Sie können hier so tun, meine Damen und Herren von CDU und FDP, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, als wäre das alles eine Einschätzung der SPD-Fraktion oder der Grünen-Fraktion hier im Landtag. Aber bitte schön: Haben Sie die anderen Einschätzungen nicht zur Kenntnis genommen? Haben Sie die Einschätzungen der Sozialverbände nicht zur Kenntnis genommen, die sich gerade in den letzten Tagen massiv geäußert haben? Haben Sie die Einschätzungen der Gewerkschaften nicht zur Kenntnis genommen?

Unterschiedliche Einschätzungen konnten wir heute hier feststellen, Herr Kollege Papke. Es war schon interessant, an welchen Stellen Sie geklatscht haben und an welchen Sie nicht geklatscht haben. Da kommt noch einiges an Klärungsprozessen auf uns zu. Das lässt das Ganze ja erwarten.

Ja, Sie haben grundsätzlich gesagt, Sie wollen Wachstum. Ich habe nichts dagegen, dass man Wachstum anregt, Herr Ministerpräsident. Da haben Sie etwas missverstanden. Das ist nicht der Punkt. Ich habe etwas dagegen, dass man, wenn man Wachstum über Steuersenkungen finanzieren will, die Rechnung aufmacht, Steuersenkungen führten automatisch zu Steuererhöhungen. Daran ist schon Ronald Reagan gescheitert. Das ist der Punkt, um den es hier geht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zuruf von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers)

- Doch, das behauptet die FDP nach wie vor, Herr Ministerpräsident.

Sie sagen, dass Sie versuchen, den Motor wieder in Gang zu setzen. Sie sagen, dass man dafür Schulden machen muss. Unabhängig davon, dass Sie in der Vergangenheit anderes erzählt haben, ist für mich eine ganz entscheidende Frage: Wer wird entlastet? Ich habe überhaupt nichts gegen Entlastungen auf der steuerlichen Seite. Die Frage ist aber doch: Wer wird entlastet? Und da geht unsere Einschätzung auseinander. Ich kann sehr wohl den Koalitionsvertrag lesen. Ich komme gleich in den Details noch genauer darauf zu sprechen.

Eine andere ganz entscheidende Frage ist, wenn man schon mit Schulden finanziert, wofür man dieses Geld ausgibt. Geben wir Entlastungen auf den Weg im Bereich der Unternehmensteuern? Die Unternehmen haben schon in der Vergangenheit das Versprechen, dass sie mehr Arbeitsplätze schaffen würden, nicht eingehalten. Oder geben wir dieses Geld - das die Wirtschaft anregen kann, wenn wir Aufträge wie in den Konjunkturpaketen I und II herausgeben - nicht besser für das aus, was dieses Land dringend braucht, nämlich endlich einen Schub in Richtung mehr und bessere Bildung statt Tippelschritte? Das ist doch der entscheidende Unterschied.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Die Rednerin wendet sich an den Vizepräsidenten)

Es kann, bitte schön, nicht sein, Herr Vizepräsident, dass ich nur noch drei Minuten Redezeit habe. Ich wollte nur darauf hinweisen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, Sie haben noch ca. 14 Minuten zusätzlich.

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!**

Hannelore Kraft (SPD): Danke schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das muss aber nicht sein. - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke)

Hannelore Kraft (SPD): Die Frage, wofür man das Geld ausgibt, ist der entscheidende Punkt. Was ist, wenn wir es jetzt nicht schaffen - die Zeit läuft uns davon -, Strukturen so zu verändern, dass wir die jungen Menschen, die wir heute in unserem Bildungssystem verlieren - ich rede über die Zahlen, über die Sie sich gerade mit den Gewerkschaften im Ausbildungskonsens streiten -, zurückholen und aus ihnen das herausholen, was herauszuholen ist, jedem Kind alle Chancen geben? Was ist, wenn wir das nicht endlich schaffen? Was ist, wenn wir es nicht endlich schaffen, die Strukturen in den Kommunen so anzulegen und den Kommunen auch die finanziellen Möglichkeiten zu geben, dass sie das umsetzen können, dass die Familien anders aufgenommen werden - Geh-Strukturen statt Komm-Strukturen -, dass Familien endlich frühzeitig unterstützt werden, dass die Hürden im Bildungssystem beiseite geschafft werden? Wir brauchen doch mehr Kinder mit besserer Ausbildung. Wir müssen unten anfangen.

Da brauchen wir keine Kindergelderhöhung, meine Damen und Herren von der FDP und von der CDU. Da brauchen wir Geld in die Strukturen! Das ist das, was erforderlich ist.

(Beifall von der SPD)

Tun Sie doch nicht so, als wäre Ihre Politik „Privat vor Staat“ erledigt, Herr Ministerpräsident. Es war interessant, wie Herr Papke darauf reagiert hat. Das ist doch das, was im Koalitionsvertrag angelegt wird.

Tun Sie doch nicht so, als wäre das nicht Ihre Politik in diesem Land gewesen. Sie haben den § 107 der Gemeindeordnung geändert. Sie haben die Querfinanzierung für die Kommunen in vielen Fällen unmöglich gemacht.

(Beifall von der SPD)

Reden Sie doch mal mit den Landschaftsverbänden, was die da im Moment an Problemen haben. Die wollen gerade sinnvolle Strukturen aufbauen.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Reden Sie mit den Landschaftsverbänden. Machen wir mal einen gemeinsamen Termin. Dann gucken wir uns mal an, wo die durch den § 107 der Gemeindeordnung behindert werden. Schauen wir uns das doch mal im Detail an. Das können wir gerne tun.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Sie wissen nicht, wovon Sie reden!)

- Ich weiß genau, wovon ich rede, Herr Ministerpräsident. Die bringen mir - Ihnen offensichtlich nicht - die Fälle und sagen: Hier kann ich wegen § 107 sinnvolle strukturelle Veränderungen nicht vornehmen. - Das ist das Problem, das dahintersteht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Gucken wir doch mal auf die Kommunen. Ich glaube, in der Einschätzung sind wir uns einig: Wenn man die Strukturen verändern will, dann muss man den Kommunen eine tragfähige,

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

sichere Perspektive bieten. Denen steht das Wasser bis zum Hals. Das wissen wir beide. Und was steht im Koalitionsvertrag? Da steht die Aussicht auf die Abschaffung der Gewerbesteuer. Und der Finanzminister unterstützt das alles auch noch presseöffentlich. Ich komme gleich auf die Details zu sprechen; die kann ich Ihnen nicht ersparen. Im Koalitionsvertrag steht: Wir schaffen die Gewerbesteuer ab und werden eine Gegenfinanzierung für die Kommunen bieten. - Wir beide wissen, dass das dann für die Kommunen konjunkturabhängiger wird.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Lesen Sie doch mal nach, Herr Kollege Lindner. Sie sollten den Koalitionsvertrag schon ein bisschen genauer studieren. Da steht: „Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und durch einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz“. Was bedeutet das? Eigener Hebesatz bedeutet: Die Unterschiedlichkeit der Finanzausstattung der Kommunen in diesem Land wird weiter zunehmen.

(Christian Lindner [FDP]: Nein!)

- Doch, das bedeutet das natürlich! Und es bedeutet das, was der Kollege Jäger dargestellt hat.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Kommen Sie doch mal zur Ruhe. Ich erkläre es Ihnen doch noch.

(Christian Lindner [FDP]: Ich bin ganz ruhig!)

- Nein, sind Sie nicht. - Wenn Sie heute von einem höheren Anteil an der Umsatzsteuer reden, dann frage ich Sie - Sie sitzen ja demnächst im Bundestag -: Sind Sie für den Bund bereit, auf Anteile bei der Umsatzsteuer zu verzichten?

Herr Ministerpräsident, sind Sie bereit, auf Anteile an der Umsatzsteuer zu verzichten, um den Kommunen das möglich zu machen? Werden Sie das politisch mit vertreten?

Ich sage Ihnen und den Menschen da draußen: Hier ist eine Mehrwertsteuererhöhung angelegt. Und die trifft wiederum die kleinen Leute, die Sie vorgeblich in den Blick genommen haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie von den Wohltaten reden, die Sie im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben, und dabei das Wort „Schonvermögen“ in den Mund nehmen, ist das - mit Verlaub - perfide. Sie hätten die Erhöhung des Schonvermögens mit uns haben können! Darunter aber hat die CDU vor der Wahl die Unterschrift nicht gesetzt. Das ist die Wahrheit zum Schonvermögen.

(Beifall von der SPD - Zurufe von CDU und FDP)

Sie sagen, Sie hätten sich für die Mitbestimmung und die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt. Da hat sich die Hand von Herr Papke übrigens nicht gerührt. Was haben Sie dafür in Kauf genommen? Sie haben realisiert, dass es beim Kündigungsschutz keine großen Einschnitte gab. Wer braucht denn in Zukunft noch einen Kündigungsschutz? Wenn die Kettenverträge in der Art und Weise möglich sind, wie Sie sie da angelegt

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

haben, dann stellt man Leute doch nur noch befristet ein. Das ist das Ende des regulären Arbeitsverhältnisses. Das ist das, was da angelegt ist: die Zunahme der prekären Beschäftigung, insbesondere der Zahl der Minijobs.

(Beifall von der SPD - Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Herr Ministerpräsident, an einer Sache sind Sie vorbeigegangen - ich habe es zumindest nicht vernommen -: Gesundheitspolitik. Da lasse ich Sie nicht raus. Ich kann sehr wohl lesen. Im Koalitionsvertrag steht verklausuliert:

Weil wir eine weitgehende Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten wollen, bleibt der Arbeitgeberanteil fest.

Sie reden von regionalen Differenzierungsmöglichkeiten - für die Nichtfachleute: das ist die Bayern-Klausel, zulasten von Nordrhein-Westfalen -, und Sie reden von einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen. Das klingt ja gut. Der Chef eines Unternehmens zahlt das Gleiche wie die Sekretärin oder der Pförtner. Dann haben die eine Grundversorgung.

(Rudolf Henke [CDU]: Sozialausgleich!)

- Ja, das wird dann sozial ausgeglichen. Den sozialen Ausgleich der FDP kennen wir. Den haben wir hier in Nordrhein-Westfalen erlebt. Die Politik der FDP kennen wir hier zur Genüge. Da können Sie uns kein X mehr für ein U vormachen.

(Beifall von der SPD)

Sie sagen: Die zusätzlichen Risiken kann man ja privat absichern. - Das geht natürlich nur über eine private Krankenversicherung, „Privat vor Staat“; da hat sich wieder die FDP durchgesetzt. Dann stelle ich die Frage: Wer kann das denn? Was ist denn mit den chronisch Kranken? Was ist denn mit denen, die gar nicht das Geld haben, um sich zusätzlich zu versichern? Wo war Ihr Blick, Herr Ministerpräsident, als es um die Schwächeren in unserer Gesellschaft ging?

(Rudolf Henke [CDU]: Das Problem gibt es doch gar nicht!)

Sie haben die Politik der Entsolidarisierung unserer Sozialversicherungssysteme mit unterschrieben! Das ist das Problem, das Sie jetzt zu verklausulieren versuchen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Reden wir über Hartz IV. Sie wollen mit der Pauschalierung von Mieten und Wohnnebenkosten vorangehen. Damit wollen Sie massiv sparen. Ich befürchte, das werden am Ende die Kinder bezahlen, weil sie die Schwächsten in der Kette sind. Mieten und Wohnnebenkosten können diejenigen, die Hartz IV beziehen, in der Regel gar nicht beeinflussen. Das Geld, das für Essen, Anorak, Schulbedarf übrigbleiben soll, wird nachhaltig fehlen.

Man sollte vielleicht noch eines mit in den Blick nehmen - der Kollege Lindner hat vorhin von dem Erfolg bei den Hinzuverdienstgrenzen gesprochen -:

Ich empfehle, den Artikel in der heutigen Ausgabe der „Financial Times Deutschland“ mit der Überschrift „Arbeitsagentur warnt vor mehr Hartz-IV-Empfängern“ zu lesen:

„Die neue Koalition will die Hinzuverdienstgrenzen für die Empfänger von Arbeitslosengeld II hochsetzen - das könnte einen unerwünschten Nebeneffekt haben: Laut dem Chef

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

der Bundesagentur muss die Regierung damit rechnen, dass die Zahl der Hartz-IV-Empfänger weit größer wird als bisher.“

Herr Lindner, schauen Sie sich dazu noch einmal die Details an. Von wegen, Sie könnten über eine solche Maßnahme nachhaltig sparen! Das wird nicht der Fall sein. Das wird teuer werden, meine Damen und Herren.

(Christian Lindner [FDP]: Es geht nicht um das Sparen, sondern es geht um den sozialen Aufstieg!)

- Sie reden von sozialem Aufstieg, ja.

(Zuruf von der SPD)

Dazu zitiere ich einmal Ihren Kollegen, der jetzt mit Ihnen im Bundestag sitzt. Ich weiß nicht, welchem Ausschuss Sie demnächst angehören. Aber mir liegt eine dpa-Meldung von heute Vormittag vor: Die FDP will die Ende 2009 auslaufende Altersteilzeitregelung nicht verlängern. Stattdessen soll sie durch ein neues Angebot ersetzt werden. - Das sagt der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion,

(Christian Lindner [FDP]: Kolb!)

Heinrich Kolb, der "Bild"-Zeitung. Nach Plänen der FDP soll dann jeder Arbeitnehmer wieder die Möglichkeit haben, schon mit 60 Jahren in Rente zu gehen - natürlich mit den entsprechenden Abschlägen. Aber das macht nichts in der Philosophie der FDP; denn die FDP will die Hinzuverdienstgrenzen abschaffen. Damit können die Rentner in Nebenjobs dann so viel hinzuverdienen, wie sie wollen. Ich sage: wie sie müssen! Das ist der Unterschied bei Ihrer Politik.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben darüber gesprochen, dass man in einem solchen Koalitionsvertrag selbstverständlich nicht alles in allen Details regeln könne. Sie hätten doch Ihre Erfahrungen - diese Blaupause - aus Nordrhein-Westfalen mit einbringen können. Sie wollen heute selbst nichts mehr davon wissen, was Sie in dem Koalitionsvertrag alles unter den Überschriften „Freiheit vor Gleichheit“ und „Privat vor Staat“ unterschrieben haben.

(Zuruf von der SPD)

Wir wissen - da muss ich der FDP einmal ein klares Kompliment machen: klare Kante -: Sie steht mit ihrem Gesellschaftsmodell. Wenn Sie dieses Gesellschaftsmodell nicht teilen, hätten Sie dem Koalitionsvertrag in dieser Form nicht zustimmen dürfen; denn Sie wissen, dass die das alles 1:1 durchziehen werden. Die Erfahrung haben Sie in Nordrhein-Westfalen schon gemacht.

(Beifall von der SPD)

Kommissionen sind das eine. Aber dazu, dass sich Herr Weisbrich jetzt auch noch hierhin stellt und verkündet, da müsse erst einmal ein Kassensturz gemacht werden, sage ich: Herr Weisbrich, mit Verlaub, vielleicht haben Sie schon vergessen, dass Sie mit in dieser Regierung waren.

(Zurufe von der CDU)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Herr Ministerpräsident, offensichtlich haben Sie auch alles, was damals im Zusammenhang mit Hartz IV passiert ist, vergessen; denn die Änderungen, die damals - da regierte noch Rot-Grün - in Sachen Schonvermögen und in Sachen Höhe der Hartz-IV-Sätze hineingekommen sind, kamen aus dem Bundesrat, und zwar von den CDU-Mitgliedern im Bundesrat. Sie haben damals die Hartz-IV-Sätze und das Schonvermögen nach unten gedrückt. Das ist die Wahrheit, und die werden die Menschen draußen auch begreifen! - Danke.

(Anhaltender Beifall von der SPD)

